



Sächsische Wirtschaft unterstützt IW-Konzept für ostdeutsche Wirtschaftsförderung

- Endlich konkreter Vorschlag für die Ausgestaltung des Solidarpaktes II -

Die Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V. (VSW) begrüßt das heute vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) vorgestellte Konzept zur Zukunft der Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland.

Ab 2005 gilt der Solidarpakt II, der im sogenannten Korb II 51 Milliarden Euro für die Wirtschaftsförderung vorsieht. „Endlich gibt es einen konkreten und realistischen Vorschlag, wie diese Mittel sinnvoll eingesetzt werden können. Da die Politik bisher keine Ideen und damit keine Planungssicherheit für die Unternehmen bieten konnte, sollte sie diesen Vorschlag zügig umsetzen“, forderte der Präsident der VSW, Wolfgang Heinze.

Das IW hat die Probleme der ostdeutschen Wirtschaft klar und sachlich sauber analysiert. „Auch wir sehen in den vorhandenen Lücken bei Kapitalstock, Forschung und Entwicklung sowie Investitionen die Hauptursachen für das mangelnde Wirtschaftswachstum“, so Heinze. „Wenn wir diese Lücken schließen, schaffen wir automatisch Arbeitsplätze und erhöhen die Steuereinnahmen.“

Die VSW unterstützt vor allem den Vorschlag, den ostdeutschen Bundesländern durch mehr finanzielle Eigenverantwortung stärkere Leistungsanreize zu schaffen. „Wenn sich die Ansiedlung von Investoren und die Schaffung neuer Arbeitsplätze direkt auf die Steuereinnahmen der Länder auswirken, erhöht das natürlich die Motivation“, sagte Heinze weiter.

Besonderes Außenmerk muss jedoch auf der Verwendung dieser Mittel liegen. Werden diese nicht für Investitionen genutzt, soll zukünftig ein Sanktionsmechanismus greifen. „Was für Unternehmen schon immer gilt – Fördermittel sind zurückzuzahlen, wenn sie nicht investiv genutzt wurden – muss auch konsequent für die Länder gelten“, betonte Heinze. „Damit wird verhindert, dass das Geld an der falschen Stelle versendet.“

Richtig erkannt hat das IW, dass die Gewerbesteuer in vielen ostdeutschen Kommunen überdurchschnittlich hoch ist und damit zunehmend investitions-hemmend wirkt. „Wir mahnen Land und Kommunen seit längerem an, durch eine Reform der Kommunalfinanzen und schlankere Strukturen eine Entlastung für die Unternehmen bei der Gewerbesteuer zu schaffen“, so Heinze abschließend.

Pressemitteilung

**Vereinigung der Sächsischen
Wirtschaft e.V. (VSW)**

Hausanschrift
Washingtonstraße 16/16 A
01139 Dresden

Postanschrift
PF 300 200
01131 Dresden

Kontakte
Sandra Jäschke
Pressesprecherin
Tel.: (03 51) 2 55 93 28
Fax: (03 51) 2 55 93 77

Sandra.Jaeschke@hsw-mail.de
www.vsw-direkt.de